

Die neuen Ideen für den Minoritenplatz

NRZ 09.04.2016 | 11:00 Uhr



Der Klosterhof in Kempen wurde von den Ratsmitgliedern besichtigt. Foto: RALPH RICHTER, Düsseldorf

Kleve. Grüne und CDU haben intensiv über eine neue Rahmenplanung für den Minoritenplatz diskutiert. Die NRZ stellt jetzt die zehn wichtigsten Punkte im Papier exklusiv vor.

Es war lange ruhig um den Minoritenplatz. Nach dem Desaster um Sontowski hat sich die Politik bewusst eine Bedenkzeit genommen und sich gefragt: Was wollen wir eigentlich für diesen Platz erreichen? Wie soll das neue Herz der Unterstadt künftig gestaltet werden?

Im Wahlkampf wurde von den Grünen ein Architekturbüro beauftragt, um Vorschläge zu erarbeiten. Und auch das Klever Büro Hülsmann & Thieme hat Ideen entworfen und vor gut einem Jahr in der Hochschule präsentiert. Der Ausschuss für Stadtgestaltung und Kultur hat sich Beispiele in Groesbeek und Kempen angesehen – unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Die Klever Stadtverwaltung hat in den vergangenen Rats- und Ausschusssitzungen die Politik immer wieder angemahnt, Vorschläge zu unterbreiten. CDU und Grüne haben sich gemeinsam abgestimmt, ihre konkreten Ideen aber noch nicht öffentlich gemacht. Die NRZ stellt heute erstmals die angedachte Rahmenplanung vor. „Ich denke, dass es endlich an der Zeit ist, die Ideen der Parteien zu präsentieren“, sagt die Grünen-Fraktionsvorsitzende Hedwig Meyer-Wilmes der NRZ. Folgende zehn Eckpunkte sind den Grünen wichtig. Die abweichenden Positionen der CDU sind gekennzeichnet:

1. Baukörper: Es sollen mehrere Baukörper geschaffen werden, die eine Durchgängigkeit zwischen Wallgraben und Fußgängerzone gewährleisten. Es sollen aber nicht gleich fünf Häuser werden, wie Friedhelm Hülsmann sie vorstellt. Zur Wallgrabenzone soll ein geschlossener Baukörper entstehen. Das Modell Hülsmann sieht hier offene Höfe vor. Vom Koekkoekplatz aus sollte die Sicht auf die Wallgrabenzone immer gewährleistet bleiben, die linksseitig durchgezogen werden sollte bis zum Spoykanal. Auch vom Volksbankgebäude sollte man immer auf das Haus Koekkoek blicken können. Nur 50 Prozent der Fläche sollte insgesamt bebaut werden.

2. Anbindung: Es soll keine bauliche Barriere geschaffen werden und es soll keine geschlossene Stadtkante in Richtung Wallgrabenzone entstehen. Die Räume sollen sich zur Fußgängerzone öffnen. Die beiden Parteien möchten, dass die Achse zwischen Hochschule, Bahnhof, Kurhaus und Innenstadt stärker akzentuiert wird.

3. Öffentlicher Raum: Das Konzept der Grünen sieht eingefasste Plätze vor, die begrünt werden. Rathausplatz sowie Volksbank sollen außerdem zusammenhängend bepflanzt werden. Fußgänger und Radfahrer sollen zwischen den Gebäuden sowie durch die Grünanlagen gelenkt werden.

4. Material: Bei der Materialauswahl sind sich Grüne und CDU noch nicht einig. Für den Neubau gebe es hier verschiedene Möglichkeiten, über die man noch diskutieren müsse. Die CDU begrüßt eine Klinkerfassade, die Grünen lehnen diese ab. Auch eine Holzfassade oder die Erstellung einer klimafreundlichen Fassade in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Colt sei denkbar. Naturstein und Putzfassade kommen für die Parteien auch in Frage, aber kein Wärmeverbundsystem. Durch einen Materialwechsel soll eine Kleingliedrigkeit in der Fassade geschaffen werden. Dabei sollten die Architekten auch die Umgebung beachten und in die Planungen einbeziehen.

5. Gliederung: Die Gebäude sollen vertikal wie horizontal gegliedert werden. Die vertikale Gliederung soll durch die Fassade sowie Vor- und Rücksprünge hervorgehoben werden, die horizontale Gliederung soll durch Nutzungen sichtbar gemacht werden.

6. Nutzungen: Mögliche Nutzungen für die Gebäude sind: Einzelhandel, Dienstleistungen, Gastronomie, öffentliche Nutzung (z.B. Bibliothek), Büro, Praxen, Wohnen, eventuell überdachter Marktbereich. Im Erdgeschoss wünscht man sich den Einzelhandel, im ersten Obergeschoss wäre Platz für Praxen, Büros, Wohnungen, Einzelhandel und Dienstleistungen. Im zweiten Obergeschoss wünschen sich Grüne und CDU Wohnungen, Dienstleistungen, Praxen und Büros. Im dritten Obergeschoss sind Wohnungen vorgesehen. Ein Staffelgeschoss soll es nicht geben. Der Schwerpunkt sollte auf Wohnen liegen.

7. Denkmal: Das Bodendenkmal muss präsentiert werden (virtuell, die Stadtmauer sollte gepflastert werden und im unteren Bereich der Tiefgarage sichtbar sein. Der Netelenhorst muss erlebbar gemacht werden.

8. Verkehr: Die Tiefgarage soll nur über eine Ein- und Ausfahrt (für alle) zugänglich sein. Es muss einen Anschluss für Rathaus, Deutsche Bank und Volksbank geben. Oberirdische Stellplätze sind nicht vorgesehen, bis auf Behindertenparkplatz vor dem Museum und dem ehemaligen Turmcafé. Die CDU will gar keine oberirdische Stellplätze mehr. Die Anlieferung des Einzelhandels soll über die Wallgrabenzone erfolgen: Hier wird über eine Zufahrt über die Wallgrabenzone diskutiert, wenn möglich im Tiefbereich.

9. Bezugspunkt: Es sollte eine architektonische Orientierung auf das Haus Koekkoek und den Platz davor stattfinden, also auf die historischen Elemente.

10. Bürgerbeteiligung: Sobald sich die politischen Parteien positioniert haben und eine architektonische Grobplanung vorliegt, sollten Politik und Verwaltung eine Bürgerveranstaltung einberufen, um diese von Beginn an im Entscheidungsprozess mitzunehmen.

Andreas Gebbink, NRZ Kleve - Der Westen, online 09.04.2016

Kommentare

09.04.2016 , 15:09 von Poggewim | #1

Bürgerbeteiligung liest sich gut, waren es aber nicht die gleichen Protagonisten, die erst 600.000 € für einen Wettbewerb ausgaben, danach den Bürgerwillen ignorierten und nach Gutsherren-Art Baugenehmigungen erteilten, für Objekte die vielen Bürgern gegen den Strich gingen.

Es dürfte spannend bleiben, ob sich Investoren finden, die sich eine unrentable Tiefgarage ans Bein binden werden, nur damit die Bürgermeisterin trockenen Fußes aus dem Auto steigen kann.

Quelle: <http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-kleve-und-der-region/die-neuen-ideen-fuer-den-minoritenplatz-id11717400.html#plx730653102>